



p.Adr.: Baiernstraße 103/14, 8020 Graz

Graz, am 15. Okt. 2025

Offener Brief an die Gemeinde- und Stadträt*innen von Graz

Betreff: Anti-BDS-Beschluss vom 14. Nov. 2019

Werte Politiker*innen der Stadt Graz!

Am 14. November 2019 hat der Grazer Gemeinderat eine "Erklärung gegen Antisemitismus und BDS" verabschiedet. Darin wurde neben der sehr unterstützenden Haltung gegen den Antisemitismus auch "jegliche Form von Antizionismus" (d.i. die ethno-nationalistische israelische Staatsideologie) und die international gewaltfrei agierende BDS-Bewegung verurteilt. Demnach dürften für Aktivitäten, die die gewaltfreie BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“) unterstützen und/oder den Zionismus kritisieren, keine Räume der Stadt Graz zur Verfügung gestellt und/oder Förderungen gewährt werden. Wir haben damals einige Tage vor dem Beschluss in einem Schreiben an die Gemeinderatsfraktionen darauf aufmerksam gemacht, dass damit das in den Art. 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) garantierte Grundrecht der Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit im öffentlichen Raum rechtlich überschießend eingeschränkt wird und so ein wesentliches Menschenrecht der Grazer Wähler*innen verletzt wird.

Was ist BDS?

Das Kürzel steht für Boykott, Desinvestment (=Kapitalabzug), Sanktionen. BDS wurde im Jahr 2005 von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Palästina und Israel gegründet. Nicht zufällig fiel diese Gründung im Umfeld der sehr blutigen 2. Intifada, als viele Palästinenser*innen einen gewaltfreien Ausweg aus der perspektivlosen Widerstandsgewalt suchten. BDS bekennt sich zur Lehre Mahatma Gandhis, mit der dieser das indische Volk nach einem langen politischen Kampf 1947 in die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft führen konnte. Die konkreten Forderungen der BDS-Bewegung sind alle durch UN-Beschlüsse und das Völkerrecht gedeckt:

1. Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Gutachten von 19. Juli 2004 die gesamte Besetzung von Ost-Jerusalem, Westbank, Gaza und Golan als rechtswidrig erkannt. Daher ist die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes zu beenden und die Apartheid-Mauer abzubrechen.
2. Anerkennung des Grundrechts der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit.
3. Anerkennung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren oder entschädigt zu werden, wie es in Pkt. 11 der UN-Resolution 194 vereinbart wurde.

BDS appelliert an die internationale Solidarität

Im konkreten politischen Handeln orientiert sich BDS am Vorbild des langen Ringens der schwarzen Bevölkerung Südafrikas zur Überwindung des drückenden rassistischen Apartheid-Systems, ein Erfolg der sich schließlich 1994 einstellte. Nelson Mandela, der 27 Jahre inhaftiert gewesene, spätere 1. Staatspräsident des freien Südafrika und Friedensnobelpreis-Träger und seinen Mitstreiter*innen war bewusst, dass die schwarze Bevölkerung für einen erfolgreichen politischen Befreiungskampf auch die Unterstützung von außen durch eine kräftige internationale Solidaritätsbewegung braucht. Er war daher auch ein Unterstützer des Ringens des palästinensischen Volkes um Freiheit: „Unsere Freiheit ist unvollständig ohne die Freiheit der Palästinenser“ (Mandela 1997).

Israels globale Kampagne gegen BDS

Gerade wegen ihrer internationalistischen Ausrichtung bekämpft Israel die BDS-Bewegung mit einer jährlich zigmillionen US-Dollar teuren Gegenkampagne. Dazu wurde 2006 ein eigenes Ministerium für "Strategische Angelegenheiten", sprich Propagandaministerium, gegründet. Dieses Ressort wurde jahrelang vom Minister Gilad Erdan (Likud) geleitet, von jenem Mann, der später als Israels UN-Botschafter am 5. Mai 2024, vor der UN-Generalversammlung die UN Charta geschreddert hat.

Auf dem Hintergrund der gezielten, aber begrifflich und historisch unhaltbaren Gleichsetzung von Juden/Judentum einerseits und Zionismus/Israel andererseits bzw. negativ gewendet, von Judenhass/Antisemitismus und Antizionismus/Israelkritik, besteht das wichtigste Instrument dieser Propaganda in der Denunziation der BDS-Bewegung als "antisemitisch". Gegen diesen Vorwurf wird die BDS-Bewegung in vielen Stellungnahmen nicht nur von zahlreichen honorigen jüdischen Persönlichkeiten in Israel und der Diaspora, sondern auch von internationalen Instanzen und Gerichten verteidigt. In unserem Brief vom 10. Nov. 2019 haben wir diese Stimmen und gerichtlichen Erkenntnisse an einigen Beispielen deutlich gemacht. Wir ersparen uns diese Fakten hier zu wiederholen. Sie können in ihrem Archiv nachgelesen werden. Lediglich zwei höchste Rechtsinstanzen seien noch zitiert:

- Aufgrund eines französischen Anlassfalles hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 11. Juni 2020 ein Strafrechtsverfahren abschließend zugunsten von BDS entschieden.
- Im Juli 2024 hat der Internationale Gerichtshof/IGH in seinem Rechtsgutachten deutlich gemacht, dass die Befürwortung von BDS nicht nur moralisch legitimiert, sondern auch völkerrechtlich solid abgesichert ist.

Was der Grazer Anti-BDS-Beschluss realpolitisch bedeutet

1. Der Grazer Gemeinderat ist dem palästinensischen Volk und seinem Befreiungsstreben schlicht und einfach in den Rücken gefallen. So wie vermutlich auch Sie, lehnen wir Gewalt zur Lösung politischer Konflikte ab. Wir sind aber realistisch genug, um zu erkennen, dass es in Zuständen langjähriger brutaler Unterdrückung des Freiheitswillens eines Volkes auch zu Widerstandsgewalt kommt. Und wir fragen uns, ob es in der Absicht von Realpolitikern sein kann, dem seit 77 Jahren um seine Freiheit ringenden Palästinenser*innen das gewaltfreie Mittel der BDS-Bewegung aus der Hand zu schlagen und den Widerstand des palästinensischen Volkes immer wieder in eine gewalttätige Form hineinzutreiben. Möglicherweise, um dann auf Basis unserer wohlstandsgesättigten westlichen Doppelmoral hinterher umso empörter die gewaltförmigen Aspekte des palästinensischen Widerstands verurteilen zu können.
2. Wohin die westliche Schutzmantelpolitik gegenüber Israel und die damit verbundene globale Unterdrückung gewaltfrei-solidarischer Widerstandsformen führt, ist ja zuletzt am 7. Okt. 2023, im von zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen begleiteten Überfall palästinensischer Milizen, ebenso zutage getreten, wie am seither vor sich gehenden völlig unverhältnismäßigen Rachefeldzug Israels gegen das Palästinensische Volk.
3. Der Jahrzehntelange bittere Palästina-Konflikt hat mittlerweile den ganzen Nahen Osten in Flammen gesetzt und trägt - dreieinhalb Flugstunden von Graz entfernt! - auch den Keim eines 3. Weltkrieges in sich. Auch zu dieser Eskalation und Gefahr trägt der Grazer Beschluss mit seiner eurozentristisch-einseitige Parteinahme zugunsten Israels sein Scherflein bei.
4. Der Gemeinderat ist mit diesem Beschluss auch der israelischen und internationalen Friedensbewegung in den Rücken gefallen, die seit langem die Palästinapolitik Israels als friedensverhindernd und BDS als notwendiges Instrument befürwortet.
5. Der Beschluss brachte auch der zionistisch gesinnten Mehrheitsgesellschaft in Israel selbst nichts Gutes. Diese befindet sich in einem massiven ethnozentrischen Verblendungszusammenhang. In diesem Zustand vermag sie die Voraussetzungen des langfristigen Wohlergehens jüdischer Menschen im Nahen Osten nicht mehr hinreichend zu erkennen. Ihr bedingungsloses Setzen auf Apartheid, Siedlerkolonialismus und überlegene militärische Gewalt wird keine dauerhafte Zukunft haben. Anstatt Israels Politik ständig in ihrer

Wagenburg-Mentalität und Fixierung auf Waffengewalt realpolitisch zu bestärken, wäre es lange schon notwendig, ihr ein klares "So Nicht!" entgegenzusetzen. Nicht zufällig warnen ja auch namhafte israelische Intellektuelle und Historiker vor dem möglichen Ende des zionistischen Staates (Siehe z.B. Gershon Gorenberg, Israel schafft sich ab). Und wenn das der Fall sein sollte, wird die Schutzmantelpolitik der politischen Eliten der USA und der EU, vor allem auch Deutschlands und Österreichs, wesentlich mitverantwortlich sein. Indem sich Österreichs Außenpolitik seit Jahrzehnten weigert, realpolitisch wirksame Hebel, wie etwa die Kündigung des EU-Israel-Assoziierungsabkommen in die Hand zu nehmen, ermöglicht sie komplizenhaft das Fortbestehen der brutalen Unterdrückung des Freiheitswillens des palästinensischen Volkes. Die Stadt Graz sollte zu dieser schändlichen Politik keinen weiteren Beitrag leisten.

6. Der Gemeinderat hat damit auch dem Scheitern des notwendigen Kampfes gegen Antisemitismus einen Bären Dienst erwiesen. Unter dem Einfluss der propagandistisch starken Israel-Lobby ist es in den letzten Jahren üblich geworden, Kritik an Israels ethno-chauvinistischer Staatsideologie und der daraus erwachsenden Apartheid, kolonialistischen Siedlungspolitik und brutaler Besatzung als "antisemitisch" zu denunzieren. Damit wird ein Meinungsklima erzeugt, in dem zunehmend mehr Menschen, um nicht ungerechtfertigt einer Antipathie gegen Juden verdächtigt zu werden, glauben, die legitime, ja notwendige Kritik an Israels brutaler Unterdrückung des palästinensischen Freiheitswillens nicht mehr öffentlich äußern zu dürfen. Man muss aber nicht Psychologie studiert haben, um zu verstehen, welche psychischen Reaktionen so ein Meinungsklima bei vielen unserer Mitmenschen auslöst. Menschen, die sich ihn ihrer Meinungs- und Redefreiheit eingeschränkt fühlen, entwickeln häufig einen unterbewussten "Graut". Und wen diese Menschen dann, so wie der seinerzeitige BDS-Beschluss dies nahelegt - begrifflich zwischen Juden/Judentum einerseits und Zionismus/Israel nicht hinreichend zu differenzieren vermögen, wird das dann tatsächlich häufig als Abgleitfläche zum Antisemitismus wirksam. Der ehemalige Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat vor kurzem aufgrund von Statistiken das bisherige Scheitern des Kampfes gegen den "Antisemitismus" eingestanden. Einmal abgesehen davon, dass in diesen Fragebögen und Statistiken ebenfalls nicht hinreichend zwischen Judenhass und Israel-Kritik unterschieden wird, liegt in dem hier beschriebenen sozial-psychologischen Zusammenhang eine wesentliche Wurzel dieses Scheiterns. Was Sobotka übrigens nicht eingestanden hat, ist das Faktum, dass er mit seiner Unwilligkeit zur Differenzierung der Begriffe und seiner Verharmlosung der Palästinapolitik Israels selbst einer der wirkungsvollsten "Antisemitenmacher" Österreich ist. Mit der "Schutzmantelpolitik" gegenüber Israel in Form des Beschlusses vom 14. Nov. 2019 hat der Gemeinderat diesem "Antisemitismus" Vorschub geleistet und er hat das bisherige Scheitern des notwendigen Kampfes gegen jede Form des Judenhasses mit zu verantworten. Sie sollten diesen verhängnisvollen Weg verlassen!
7. Mit seinem Beschluss hat der Gemeinderat das im Art. 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Recht ihrer WählerInnen auf Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit grob verletzt.

Wie es zum Beschluss vom 14. Nov. 2019 kam

Wir haben die politische Genese der damaligen Fehlentscheidung des Gemeinderates zeitgeschichtlich nachvollzogen. Am Anfang stand der 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels im Jahr 2018. Im Bestreben, seine Alleinherrschaft über ganz Palästina zwischen Mittelmeer und Jordan international weiter abzusichern, verschärfte Israel im Vorfeld seinen propagandistischen Kampf gegen BDS. Als "Geburtstagsgeschenke" haben die Israel-Lobbyisten von den politischen Gremien des globalen Westens Anti-BDS-Resolutionen eingefordert. Die Auslandsvertretungen Israels, prozionistische Lobbygruppen und leider auch viele jüdische Religionsgemeinden stellten sich in den Dienst dieser Sache. In Graz war es MMag. Elie Rosen, der zionistisch gesinnte Präsident der Jüdischen Gemeinde Graz, der damals in der Synagoge vor der versammelten Politprominenz des Landes Steiermark und der Stadt Graz eine Rede hielt, in der er auf entsprechende Anti-BDS-Beschlüsse drängte. Die politischen Gremien reagierten nicht sofort. Aufgrund eines anhaltenden

auch massenmedial wahrnehmbaren weiteren Lobbyings von Herrn Präsident Rosen, aber auch der GRÜNEN und NEOS wurde MMag. Rosens Forderung dann in der Folgezeit vom Gemeinderat Graz und im Mai 2020 vom Landtag Steiermark umgesetzt. Nun ist es Herrn Präsident Rosen als zionistischem Lobbyisten natürlich unbenommen, das zu tun. Was jedoch nicht geht, ist, dass die gewählten Volksvertreter der Stadt Graz bei diesem politischen Manöver der Unterdrückung einer gewaltfreien Befreiungsbewegung mitspielen und dabei auch noch das uneingeschränkte Menschenrecht der Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit ihrer WählerInnen verletzen.

Der Anti-BDS-Beschluss blieb für uns nicht ohne Folgen

Im Jahr 2021 wollten wir in den Räumen des Vereins Kultur in Graz/KiG eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Am Beispiel BDS: Über die Meinungsfreiheit in der Israel-Palästina-Diskussion" durchführen. Wir hatten dazu schon einen aufrechten Vertrag mit der Geschäftsführung des KiG. Bald darauf wurde uns der Vertrag aber mit dem Hinweis auf den Anti-BDS-Beschluss des Gemeinderats gekündigt. Da der Verein von der Stadt Subventionen bekommt, sah er sich offensichtlich in seiner Handlungsfreiheit geknebelt. Im Vereinsvorstand saß damals auch die nunmehrige Grüne Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, die auch am 14. Nov. 2019 beim Anti-BDS-Beschluss im Gemeinderat die prozionistische Linie ihrer Partei vertrat. Wir nehmen an, dass sie an der Vertragkündigung wesentlich beteiligt war.

Ersuchen um die Korrektur eines Fehlers

Mit dem Anti-BDS-Beschluss vom 14. Nov. 2019 hat der Gemeinderat eine Fehlentscheidung getroffen. Wir wissen, wie schwer es vielen Menschen fällt, Fehler einzugeben und sie zu korrigieren. Für PolitikerInnen und ihre Parteien, die per definitionem unter öffentlicher Beobachtung in einem Image-Wettbewerb stehen, gilt das im besonderen Maße. Dennoch: Um den Fehler nicht fortzuschreiben, Israel nicht auf seinem Irrweg zu bestärken, das palästinensische Volk in seinem Freiheitsbestreben nicht zu verraten, nicht weiter dem Antisemitismus Vorschub zu leisten und Ihre WählerInnen nicht weiter in ihren Grundrechten zu verletzen, ersuchen wir Sie dringend, den damaligen Beschluss gegen BDS und seine Tabuisierung der notwendigen Kritik am Zionismus aufzuheben bzw. ihn dementsprechend abzuändern. Im Wissen um den in dieser Frage auf Ihnen lastenden politischen Druck, hoffen wir, dass zumindest einige der Gemeinderät*innen die Klarsicht und Courage aufbringen, bei einer der kommenden Sitzungen einen entsprechenden Aufhebungs- und Abänderungsantrag einzubringen.

Die Zumutung Friedrich Schillers an Sie

An der Ostseite unseres Grazer Opernhauses steht der schöne Spruch von Friedrich Schiller: "Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben. Bewahret sie! Sie sinkt mit euch! Mit euch wird sie sich heben!". Unmittelbar gemeint sind dort zwar die Dichter. Aber wir sind der Meinung, dass er auch Politiker*innen zugemutet werden muss!

Mit dem Ersuchen um eine Stellungnahme an friedensplattform@gmx.at

Für die Steirische Friedensplattform

Stefan Bürscher

Roswitha Al-Hussein

Veronika Rochhart

Franz Sölkner

PS.: Sollten Sie in dieser Angelegenheit Rückfragen haben, so ersuchen wir Sie um einen Anruf unter 0677 61 39 29 90 (Sölkner). Gern werden wir auch die Einladung zu einem persönlichen Gespräch wahrnehmen.